

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 34.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlftr. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 24. August 1907.

Verlag: A. Pohrborg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. G. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

Der Wirtschaftsmarkt und die Aussichten für die Arbeiterschaft.

Für das Kapital ist das treibende Moment bei der Gütererzeugung nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erzielung von Gewinn. Diesen erlangt der Kapitalist, indem er die durch Verwendung von Arbeitskraft hergestellten Güter zu höheren Preisen, als die Selbstkosten ausmachen, verkauft. Daher bestimmt auch nicht die Konsumfähigkeit des Volkes den Grad der Gewinnerzeugung, sondern die Aussicht auf Gewinn, Profit. Das springt für jeden klar in die Augen zu Zeiten einer wirtschaftlichen Krise. Die Menschen leiden Not; eine Unsumme von Bedürfnissen wird nicht befriedigt, und doch sind die technischen Möglichkeiten vorhanden, alle diejenigen Güter herzustellen, nach denen die Darbenden und Entbehrnden Verlangen tragen. Es stehen ja Fabriken still und arbeitsfähige Männer und Frauen, die sich um Beschäftigung drängen, liegen auf der Landstraße. Mancher Hunger bleibt ungestillt, manche Blöße unbedeckt, manche Arbeitskraft unbeschäftigt, nicht weil die Menschen zu träge sind zu arbeiten, oder weil sie nicht Verlangen tragen, die geringsten Bedürfnisse zu befriedigen, sondern weil das Kapital keinen Profit machen kann; weil das Kapital sich keinen Gewinn verspricht, wird die Gütererzeugung zeitweilig eingeschränkt: das ist die Krise, und die bürgerliche Nationalökonomie bezeichnet Ueberproduktion als Ursache dafür! Angeblich sollen zuviel Güter erzeugt sein, darum müsse der ganze Apparat der Warenherstellung stocken.

Tatsächlich kann also von einer Ueberproduktion schlechthin nie gesprochen werden, denn den vorhandenen Gütern stehen immer Bedürfnisse gegenüber. Wohl kann es vorkommen, daß von irgend einem bestimmten Artikel viel mehr produziert wird, als erforderlich ist, aber das rechtfertigt doch nicht, daß viele Menschen an allen und an den notwendigsten Lebensbedürfnissen Mangel leiden. In Wirklichkeit verhält die Sache sich so, daß die große Masse zu arm ist, das heißt zu wenig an Lohn bekommen hat, um die von ihr produzierten Waren zurückzukaufen. In diesem Sinne ist das Wort „Ueberproduktion“ zu verstehen. Gerade die sogenannten Hochkonjunktoren arbeiten am schärfsten auf Krisen hin, denn in diesen Perioden ist die Spannung zwischen Selbstkosten und Verkaufspreisen am größten, sind die Gewinne des Kapitals am höchsten und die Konjunktur der großen Masse bleibt am weitesten hinter der Summe der produzierten Güter zurück. Trotzdem tritt eine Krise aber nicht an genau bestimmbareren Terminen ein; ihre Dauer und ihre Intensität ist nicht vorher zu berechnen und zu messen. Dafür ist doch zu wenig Gesetzmäßigkeit in der kapitalistischen Produktionsweise, die Gewinnrate ist sehr verschieden und von einer Reihe Faktoren abhängig, der Ueberblick über die Gesamtproduktion und den Konsum fehlt. Kurzum, die Anarchie in der kapitalistischen Warenerzeugung macht den Eintritt einer Krise, den Grad derselben von nicht im voraus zu messenden Faktoren abhängig.

Wenn die nächste Krise eintritt, darüber streiten sich die Fachgelehrten schon seit anderthalb Jahren; das Hin- und Herraten begann vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge am 1. März v. J. Und heute ist die Frage noch nicht entschieden. Für den einen hat die Krise bereits eingesetzt, weil in einzelnen Industrien die Arbeitsintensität nachläßt, für den anderen hängt der Wirtschaftshimmel noch voller Geigen, er glaubt annehmen zu dürfen, daß der jetzige Grad der Gütererzeugung mindestens noch längere Zeit anhalten wird. Einen starken Einfluß auf die industrielle Konjunktur üben die Ernten aus. Auch äußere Umstände, wie die Katastrophe in San Francisco, der russisch-japanische Krieg, waren von großem Einfluß auf dem Weltwirtschaftsmarkt. Bei den letzteren Vorkommnissen wurden viele Güter, die ersetzt werden müssen, zerstört, andererseits schieden die betroffenen Städte oder Länder mehr oder minder aus dem Produktionsprozeß aus; neben einem stärkeren Bedürfnis nach Erzeugnissen wurde wirksam die Verminderung der Produktionsmittel. Bei den Ernten kommt zweierlei in Betracht: Gute Ernten in Lebensmitteln verheizen relativ billige Ernährung und damit auch billige Arbeitskraft für die Industrie; gute Ernten in Rohprodukten für die Industrie, z. B. Baumwolle und Flach, verbilligen die sachlichen Selbstkosten für Textilzeugnisse. Das sind Momente, die die Unternehmungslust anregen und sie waren in der Hauptsache bestimmend für die nun seit ca. 2 Jahren währende Hochkonjunktur, von der alle Industrietäaten in einem Grade erfaßt sind, wie das bisher in derselben Gleichmäßigkeit und in derselben Intensität noch nie der Fall war.

Eine jede gute Konjunktur trägt in sich zunächst eine weitestreichende Kraft. Die Aussicht auf Gewinn, das heißt Gewinn, der viel höher ist als der Zinsfuß für die sogenannten festverzinslichen Werte, als da sind Sparkasseneinlagen, Hypotheken, staatliche und kommunale Schuldverschreibungen usw., lockt alles verfügbare Kapital an. Sparkassenguthaben werden abgehoben und Staatspapiere verkauft, um das Geld in der

Industrie anzulegen. Mit den zufließenden Geldern werden neue Anlagen gegründet, die bestehenden erweitert und modern ausgebaut. Diese Neu- und Erweiterungsbauten vermehren die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, ohne daß mit deren Befriedigung Konsumbedürfnisse gedeckt werden. Es werden vorläufig nur die Produktionsmittel vermehrt, die allerdings später arbeitssuchend auf dem Markt erscheinen und schließlich helfen, die Nachfrage hinter das Angebot zurücktreten zu lassen. Da die Jagd nach Kapital diesmal in allen Ländern gleichmäßig in derselben wilden Zügellosigkeit sich einstellte, stieg der Preis des Geldes zu schwindelnder Höhe hinauf. Um zwei, drei und mehr Prozent wird heute Leihgeld teurer bezahlt, als in Jahren ruhiger Verhältnisse. Diese Ausschreitungen muß natürlich in letzter Linie die produktive Arbeit ausbaden. In einem Beispiel sei das illustriert: Die Stadt Berlin hat noch eine größere Anleihe zu begeben, von der jetzt 100 Millionen Mark aufgenommen werden sollen. Nach dem Anleiheplan sollen 5 1/2 Prozent gezahlt werden. Zu solchem Satz ist zurzeit aber kein Geld zu haben, sodaß jedenfalls zu 4 Prozent abgeschlossen wird. Dieses halbe Prozent mehr macht pro Jahr 500 000 Mk. Zinsen aus! 100 Millionen sind im gesamten Wirtschaftsleben aber nur eine Bagatelle; da kann man sich denken eine Vorstellung davon machen, was die Verteuerung der vielen als zinstragendes Kapital arbeitenden Milliarden der produktiven Arbeit für Lasten auferlegt.

Die Verteuerung des Geldes kann naturgemäß nur bis zu einer gewissen Höhe gehen. Wenn die Zinsen für Leihkapital den aus der Warenerzeugung zu erzielenden Gewinn mehr und mehr auffaugen, dann schwächt die Unternehmungslust ab und hört schließlich ganz auf. Die hohen Zinssätze sind in der Regel die Vorboten der Krise. Daß auf diese aber auch andere Momente hinwirken können, ist schon erwähnt. Mit Einführung der neuen Handelsverträge, glaubte man vielfach, werde in Deutschland die Hochkonjunktur vorbei sein, weil durch diese Verträge einmal die Einfuhr von Lebensmitteln erschwert, die Preise dafür in die Höhe getrieben und andererseits der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen Schwierigkeiten bereitet wurden. Die Befürchtungen haben sich nicht verwirklicht, nicht weil die neuen Handelsverträge die ihnen zugeschriebenen bösen Wirkungen nicht ausüben, sondern weil die Gunst der Verhältnisse auf dem Weltmarkt stark genug war, die von den neuen Handelsverträgen ausgehenden Hindernisse zu überwinden. Auch andere Ereignisse, die wiederholt den Markt beunruhigten, wie z. B. die Revolution in Rußland, die Befürchtung internationaler Verwickelungen, Nachrichten über Mißernten usw., konnten keine Katastrophen herbeiführen. Prospektieren ist ein schlechtes Geschäft, doch wird man annehmen dürfen, daß es zu einem katastrophartigen, plötzlichen Abbruch der guten Konjunktur nicht kommen wird.

Wahrscheinlich werden wir vielmehr allmählich in stillere Verhältnisse hineinkommen. Anscheinend befinden wir uns schon auf dem absteigenden Ast. Die Arbeitsintensität in der Eisenindustrie, die die Grundlage unserer gesamten industriellen Tätigkeit ist, hat schon merklich nachgelassen. Aber nicht nur bei uns. Auch an den internationalen Märkten macht sich die Abschwächung bemerkbar. Bei den innigen Beziehungen der verschiedenen Länder untereinander üben die Veränderungen in einem Lande auch eine entsprechende Wirkung auf die anderen aus; eine starke rückläufige Bewegung in Amerika z. B. bleibt nicht ohne Folgen für Deutschland und andere Staaten. Und je mehr es mit der Konjunktur auf dem Weltmarkt zurückgeht, desto schärfer werden sich für uns die unheilvollen Folgen der neuen Handelsverträge bemerkbar machen. Dazu tritt für die Arbeiterschaft noch ein anderes, die Lebenshaltung erschwerendes Moment: die schlechte Welternte! Neben anderen Lebensmitteln wird für die nächste Zeit auch das Brot teurer werden.

Zu der Aussicht einer Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse hat die Arbeiterschaft auch die der Verteuerung der Lebenshaltung. Das muß ins Auge gefaßt werden und der Arbeiter hat sich die Frage vorzulegen, wie er den doppelt dräuenden Gefahren am besten begegnen kann. Er muß rüsten, damit das Kapital ihn nicht allein für die kapitalistischen Sünden und für die weniger ertragreiche Ernte büßen lassen kann. Und dieses Rüsten besteht zunächst im Ausbau seiner Berufsorganisation. Für diese zu wirken, muß einem jeden denkenden Arbeiter die Selbsterhaltung zur gebietenden Pflicht machen.

Was die Zahlen reden!

Zur Frühjahr 1903 faßten die Dresdener organisierten Arbeiter den Entschluß, dem Beispiele Nürnbergers in der Aufstellung von Haushaltsrechnungen der Arbeiter zu folgen. Seit über 100 Arbeiter erklärten sich bereit, ein volles Jahr lang jeden Pfennig Einnahme und Ausgabe sorgfältig zu buchen, und das Statistische Amt der Stadt Dresden erbot sich, die Bearbeitung des Materials zu übernehmen.

Bei den Arbeitern ließ der Eifer bald nach; von Monat zu Monat wurde die Zahl der Teilnehmer geringer, und am Schlusse des Jahres waren es nur ca. 40, die ausgehüllt hatten. Noch gründlicher schien aber das Interesse für die Bearbeitung beim Statistischen Amt geschwunden zu sein. Im Herbst des Jahres 1903 fand noch eine sogenannte Inventaraufnahme statt, d. h. die Beteiligten erhielten einen umfangreichen Fragebogen, auf dem sämtliche Besitztümer verzeichnet werden sollten. Das Ergebnis dieser Aufnahme wurde noch vor Jahreschluß veröffentlicht und erregte den Unwillen diverser Profitschinder in und außerhalb Dresdens, weil es die Lage der Arbeiter als durchschnittlich recht ungünstig hinstellte. Ob die Aufnahme, die diese Veröffentlichung fand, dazu beigetragen hat, den Eifer des Statistischen Amtes zu mindern, oder ob der Wechsel in der Leitung des Amtes hieran die Schuld trägt, wollen wir hier nicht untersuchen. Tatsache ist aber, daß man volle drei Jahre nichts von der Statistik hörte. Erst jetzt finden wir, im 16. Heft der „Mitteilungen des Statistischen Amtes“, eine übrigens ganz ungenügende Würdigung des Ergebnisses jener Aufnahme.

Im ganzen standen dem Statistischen Amt 41 Budgets, die ein volles Jahr umfassen, zur Verfügung, verwendet sind aber nur 25. Nicht berücksichtigt wurden die Budgets von Familien mit weniger wie 2 und mehr wie 5 Kindern. Wir halten diese Nichtberücksichtigung der Ausgabenverzeichnisse für kleine und sehr große Familien für einen Fehler. Den Volkswirtschaftler muß es u. U. doch gerade interessieren, zu erfahren, wie sich mit der wachsenden Zahl der Familienglieder die Ausgaben verhalten, ob und inwieweit sich die pro Person aufgewendete Summe ändert, oder ob ein Mehrverbrauch an Surrogaten auf Kosten guter Nahrungsmittel stattfindet usw. Alle diese Feststellungen lassen sich aber am besten dann machen, wenn die Haushaltsrechnungen sich auf Familien von recht verschiedener Größe erstrecken. Insofern ist also die Maßnahme des Statistischen Amtes bedauerlich. Die einfache Tatsache, daß dieser wichtigen Aufnahme nur 8 Seiten der Broschüre gewidmet sind, läßt auch erkennen, daß von einem tieferen Eingehen auf die Sache keine Rede sein kann. Wenn die geringe Zahl der verfügbaren Haushaltsrechnungen als Grund hierfür angeführt wird, so ist das nur bedingt richtig. Jedenfalls hätte sich aus den 41 Verzeichnissen sehr viel mehr herausarbeiten lassen, als tatsächlich geschehen ist. Aber trotz dieser mangelhaften Bearbeitung bieten sie uns nach verschiedenen Richtungen hin wertvolles Material.

Das Statistische Amt stellt vor allem die Preisveränderung der wichtigsten Lebensmittel seit dem Jahre 1903 (dem Jahre, in dem die Statistik aufgenommen wurde) fest und berechnet an Hand der Haushaltsrechnungen, wie hoch der Mehraufwand im Jahre 1906 für eine Arbeiterfamilie gewesen ist.

Das Ergebnis zeigt, daß die Klagen der Arbeiter über Verteuerung der Lebensmittel durchaus berechtigt waren. Das Statistische Amt schreibt: „Die Uebersicht bestätigt, daß fast die sämtlichen wichtigeren Volksnahrungsmittel in den letzten Jahren erheblich im Preise gestiegen sind.“ Nachfolgende Tabelle zeigt diese Preissteigerung bei einigen der wichtigsten Nahrungsmittel für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

	Preis der Lebensmittel	
	1903	1906
	Mk.	Mk.
Fleisch, Wurst und Speck	226,05	256,72
Butter	153,07	159,56
Mehl	16,48	18,21
Brot	161,11	177,89
	556,71	612,38

Eine vierköpfige Familie mußte also im Jahre 1906 für diese Lebensmittel 55 Mk. 67 Pf. mehr bezahlen wie im Jahre 1903. Das ist eine Verteuerung um genau 10 Prozent. Daran mag man ersehen, welche Berechtigung die Unternehmer hatten, die lebhaften Kämpfe der Arbeiter in den Jahren 1905 und 1906 als frivol und grundlos hinzustellen.

Aber noch nach einer anderen Seite hin ist das Ergebnis beachtenswert. Eine der Broschüre angehängte Tabelle bezeichnet nämlich den Durchschnittspreis der wichtigsten Lebensmittel im Jahre 1903 und eine andere die Summen, die für diese Lebensmittel aufgewendet wurden. Durch Division erhält man dann annähernd genau das Quantum der verbrauchten Nahrungsmittel. Dadurch wird es möglich, zu berechnen, um wieviel ungefähr der Haushaltsetat durch die Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle, Verbrauchsabgaben usw. belastet wird. Untersuchen wir, daß die inländischen Lebensmittel um so viel verteuert werden, wie der Eingangszoll auf ausländische Lebensmittel derselben Art beträgt, — und diese Rechnung dürfte im wesentlichen stimmen — so erhalten wir folgendes Bild.

Eine vierköpfige Familie (Eltern und 2 Kinder unter 14 Jahre) verbraucht jährlich:

berstehen. Und bei den Krankenlassen könnte man eine große Anzahl solcher Elemente bequem unterbringen! Die glückliche Vaterlandsliebe, die bei diesen Herzen selbstverständlich, würde schon die mangelnden Kenntnisse der sozialen Gesetzgebung ersetzen. Sohe, zum standesgemäßen Auftreten ausreichende Gehälter würden durch Sparsamkeit bei Ausgaben von Unterhaltungen und anderen Kassenleistungen sowie Erhöhung der Arbeiterbeiträge aufzubringen sein.

Wie die Unfallversicherungsgeetze von den Berufsgenossenschaften zumungunsten der verletzten Arbeiter gehandhabt werden, davon zeugt täglich die Praxis. Wie zeichnend in Nr. 28 die Unvorsichtigkeit des Aufsichtsbekanntes der sächsischen Sektion der Papiermacher-Berufsgenossenschaft. Und dieser „edle Menschenfreund“ steht mit seinen unerschämten Verleumdungen nicht allein. So hat auch ein bayerischer Arzt, Dr. Müller-Kirchheim in der Korrespondenz des Reichsärzteverbandes vom Veder gezogen. Was sich dieser Herr Doktor in der Beschimpfung der gesamten deutschen Arbeiterklasse leistet, ist wirklich empfindende Gemeinheit. Und diese unerschämten Beschimpfungen treffen die Kerne der Armen, welche ihrer Glieder im Frondienste des Kapitals verlustig gingen! Nur ein paar Proben:

„Die modernen Arbeiterversicherungsgeetze züchten die Sorge um das liebe „Ich“ und schwächen Willensstärke und Pflichtbewußtsein. Indem sie zu Simulation und Uebertreibung verleiten, verweisen sie in den Massen die Bewertung des ehelichen Manneswortes und untergraben die öffentliche Moral.“

Weiter schreibt der Herr Doktor von entwerfender und entsetzlicher Rentensucht, welche der allgemeinen Wehrpflicht entgegenarbeitet. Ferner werden Volksbureau und Arbeiterkreatur verächtigt, weil diese dem „bestgemeinten Appell“ oft erfolgreich entgegengetreten. Natürlich bekommt in diesem Schmäharzikel auch die sozialdemokratische Presse ihr gutes Teil ab.

Man hat sich nun zu fragen, welchen Zweck verfolgen denn solche von Beschimpfungen und Verleumdungen strotzende Zeitungs-Artikel? Die Antwort ist nicht schwer. Die ganze bisherige soziale Gesetzgebung, so blutwenig sie den Arbeitern tatsächlich auch bietet, ist dem Unternehmertum längst ein Dorn im Auge. Die weitere Entwicklung muß mit allen Mitteln verhindert werden! Die Arbeiter können sonst zu unabhängig von den Unternehmern werden. Sie dürfen kein Recht auf irgend welche Forderungen haben. Was bisher gesehen, ist nach des Unternehmers Ansicht schon viel zu viel. Möchten auch die beteiligten Arbeiter die Konsequenzen daraus ziehen und beiseite durch Eintritt in die Organisation dafür sorgen, daß die Unternehmer-Heuchelei und Verleumdung an geschlossener Macht festen Widerstand findet.

Eine treffende Antwort.

Im Herbst des Vorjahres sahen sich unsere Meißener Kollegen genötigt, über geeignete Schritte zu beraten, um dem Ueberhandnehmen der Bleibergiftungen in den Eisenfabriken entgegenzuwirken. Da sie der sehr richtigen Ansicht waren, daß vor allen Dingen Aufklärung über die Gefährlichkeit des in den Glasuren verwandten Bleies notwendig sei, suchten sie einen Arzt zu einem Vortrage hierüber zu gewinnen. Erfreulicherweise erklärte sich auch einer der Meißener Ärzte, Herr Dr. Pfeiffer, hierzu bereit. Da die Aufklärung auch den Unternehmern nicht tat, um sie zur Schaffung geeigneter Schutzvorrichtungen zu veranlassen, so wurden dieselben zu dieser Versammlung eingeladen. Zwei der Herren erschienen, äußerten sich jedoch in der Versammlung nicht. Wenige Tage später aber erhoben die Vertreter der vier größten Betriebe Beschwerde über Herrn Dr. Pfeiffer beim ärztlichen Ehrenrat.

Diese merkwürdige Beschwerdebefrist, die einen Teil der Ausführungen des Referenten verdrängt, den anderen Teil als übertrieben oder unrichtig hinstellt, schließt mit folgendem Appell an die Unternehmerrückständigkeit des Ehrenrats:

„Da uns derartige Auslassungen von Seiten eines gebildeten Arztes in unserer ohnehin an Arbeiterbewegungen, so reichen Zeit außerordentlich zu schädigen imstande sind und die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer schwieriger gestalten, da es andererseits im Interesse unserer ganzen Industrie, sowie des städtischen Gemeinwohlens liegt, ein einigermaßen gedeihliches gewerkschaftliches Leben zu erhalten, so bitten wir darum, soweit es in Ihrer Macht liegt, zu solchen Auslassungen seitens eines Ihrer Herren Kollegen Stellung zu nehmen.“

Der Ehrenrat wußte die Rede der Herren zu würdigen und eröffnete ein Untersuchungsverfahren gegen den Arzt, der es gewagt hatte, den Unternehmerinteressen zuwider zu handeln, indem er den Schutz der Arbeiter als ungenügend bezeichnete. Der beschuldigte Arzt war aber in der Lage, seine Ausführungen mit so wichtigem Beweismaterial zu belegen, daß der ärztliche Ehrenrat seinen Feldzug schleunigst einstellte. Die beschwerdelustigen Unternehmer hatten also das genaue Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten.

Unsere Kollegen am Orte laten aber noch ein Uebriges. Sie haben nämlich, als Antwort auf das Vorgehen der Unternehmer, den Vortrag des Herrn Dr. Pfeiffer drucken lassen und denselben, unter gleichzeitiger Anfügung der Beschwerdebefrist der Unternehmer, sowie einer Zusammenstellung derjenigen Missethände, die nach Ansicht der Arbeiter die Verbreitung der Bleibergiftung fördern, als Broschüre verbreitet. Diese treffende Antwort dürfte den Unternehmern sicherlich nicht gefallen, ist aber durchaus am Platze.

Mit jenem Freimut wird von Herrn Dr. Pfeiffer das Arbeitsverhältnis geschildert und seine Kritik macht nicht, wie das leider so oft geschieht, Halt vor den Pflichten des Unternehmers. Rücksichtslos nennt er die Dinge beim Namen und er kennt nicht die eiertanzartige Wenn- und Aberlosigkeit so vieler bürgerlicher Sozialpolitiker, die die Missethate des Arbeiters anerkennen, aber die Ursachen derselben totschweigen oder umdeuteln möchten.

Ueber die Alfordarbeit urteilt Dr. Pfeiffer wie folgt:

„Die Alfordarbeit ist zweifellos eine andere Ursache der seelischen Zerrüttung und vor allem auch zunächst desjenigen nervenzerrütenden Zustandes, den man meistens als „Spannung“ bezeichnet. Wie der Hungerlohn die Arbeitskraft lähmt und seelische Verstimmung erzeugt, so ist die Alfordarbeit die Ursache der Spannung, das ist der seelischen Erregung. Der Kampf um das Dasein wird hier am aufreibendsten geführt: Die Sorge, wenigstens der Familie eine einigermaßen erträgliche Existenz zu schaffen, zwingt den Alfordarbeiter zur äußersten Anspannung seiner Kräfte.“

Rücksichtslos werden durch die Alfordarbeit alle hygienischen Regeln mit Füßen getreten. Nervöse Hast und Unruhe erfaßt den Mann. Die unbetätigten Muskeln geraten in ungewöhnliche und kampfhafte Mitbewegung, später tritt Nerven- und Herzklopfen auf; ein andauerndes Schnurgesehl durchzieht den Rücken; statt wohlthuender Ruhe wird die schlaflöse Nacht zur endlosen Qual.

Von der seelischen Verstimmung und Erregung ist nur ein kurzer Schritt zur schweren Nervenkrankung, der sogenannten Neurasthenie, die man als eine weitere Geißel der arbeitenden Bevölkerung bezeichnen kann und die mehr und mehr um sich greift.

Aber auch unsere so viel gepriesenen Arbeiterchutzgeetze, wie auch die beliebte Medaillen-Sozialpolitik wird richtig gekennzeichnet. Es heißt da nach einer Schilderung der Gefahren des Staubes und der Möglichkeit seiner Vermeidung:

„Der ganze Mangel unseres ungenügenden Arbeiterchutzgesetzes kommt hier wiederum deutlich zutage. Damit einige Wenige hohe und höchste Dividenden einheimsen, mögen zahllose andere der Schwindsucht verfallen und Hunderte von Millionen verloren gehen. Im Vergleich zu den vorgebrachten Zahlen erscheinen die Anschaffungs- und Betriebskosten, zweckdienlicher Ventilatoren usw. lächerlich gering. Doch wie wenige Industrielle werden sich dieser Tatsache bewusst. Man will den Arbeiter mit Medaillen und dergleichen beglücken, aber für hygienische Einrichtungen hat man kein Verständnis. Wann endlich wird man einsehen, daß auch dem Arbeiter die Gesundheit als höchstes Gut gilt, wertvoller als Medaillen, deren Erlangung für den Arbeiter jenseitig sehr fraglich erscheinen muß, weil er vor der Zeit ein Opfer der Lungenschwindsucht wird?“

Der Vortrag klingt aus in der Hoffnung, daß es recht bald gelingen möge, für die Arbeiter anständige Löhne und genügend freie

Zeit zu erringen. Aber weder in die soziale Einsicht der Unternehmer noch in die Gesetzgebung setzte er sein Vertrauen, die Arbeiter selber sind es, von denen er die Lösung dieser Aufgabe erwartet. Mahnend ruft er ihnen zu:

„Der mehr und mehr erstarrende Zusammenhang der Arbeiter läßt Hoffnung auf Erreichung des Zieles, das allerdings noch in weiter Ferne liegt, aufkommen. Seligstes, die auf eigenen Bahnen abseits wandelnden trägen Geister aufzurütteln und dem Ganzen anzugliedern, so wird der schonen Aufgabe, Volkswohlfahrt zu fördern, großer Vorstoß geleistet.“

Die Lösung ist keine leichte, aber des vollen Einsatzes jeglicher Kraft wert.“

Ganz unsere Meinung! Hoffentlich beherzigen unsere Meißener Kollegen und Kolleginnen diese Mahnung und setzen wie bisher ihren Ehrgeiz daran, an erster Stelle in der Arbeiterbewegung zu marschieren.

Dem Nächsten möchten wir weiteste Verbreitung wünschen. Namentlich vor die Kollegen bei ihrer Arbeit viel mit Staub oder Blei in Berührung kommen, ist das Studium des Vortrages zu empfehlen. Es ist für den billigen Preis von 10 Pf. zu beziehen von R. Schmidt, Meissen, Poststraße.

Spitzbubentaktik.

Der natur- und vernunftwidrige Paarungstrieb, der sich vor den Pottentotemwahlen bei den bürgerlichen Parteien bemerkbar machte, scheint auch die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ angefaßt zu haben. Obwohl das Ergebnis jener Paarungslust, die konservativ-liberale Mißhebe mit ihrem fortwährenden Streit ums Hausrecht und den beiderseitigen Drohungen mit Gehfcheidung oder gar böswilligem Verlassen, sich nachgerade zum Gipfelpunkt aller ernsthaften Politik gemacht hat, will sich die „Arbeiterzeitung“ bei der Knüpfung eines ähnlich widersinnigen Ehebandes einen Kuppelpelz verdienen.

Die kapitalistischen Drahtzieher befürchten nämlich, daß die Gründung und Unterfaltung der sogenannten „gelben“ Gewerkschaften den Christlichen den Star strechen und sie sehend machen könnte für die Widerständigkeit der Zersplitterung der Kräfte im wirtschaftlichen Kampfe. Sie befürchten dann weiter, daß diese Erkenntnis die Christlichen zum mehr oder weniger engen Anschluß an die modernen Gewerkschaften treiben wird, zumal ja die Unternehmer durch die rückhaltlose Unterfaltung der Gelben, die ja doch ein Bollwerk gegen alle anderen Organisationen bilden sollen, bewiesen haben, daß sie ihre Organisationsfeindlichkeit auch auf die Christlichen ausdehnen.

Die Furcht der Unternehmer ist nicht ganz unbegründet. Ohne den Kampfesmut der christlichen Gewerkschaften übersehen zu wollen, ist doch nicht zu verkennen, daß ihr ehemaliger Charakter als Schutztruppe des Unternehmertums mehr und mehr verschwindet und einem oppositionellen Grundzug Platz macht. Dieser Frontwechsel ist zugleich Ursache und Produkt des Fortschritts der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die, wenn auch nicht sonderlich entscheidende, Kampfstellung gegenüber den Unternehmern war für sie das beste Agitationsmittel, und der damit erreichte Zuwachs verstärkte wieder die oppositionelle Strömung. Im Gegensatz zu den Christlichen haben die Hirsch-Dunderschen an ihrer Harmoniefeier festgehalten und sind damit denn auch glücklich in der Entwicklung stehen geblieben. Daraus ergibt sich, daß die Christlichen gar nicht zu den Fleischtöpfen der Unternehmerrückständigkeit zurückkehren können, wenn sie sich nicht selbst aufgeben, d. h. wenn sie nicht auf jede Fortentwicklung verzichteten wollen. Der Laifachen ehernes Muß zwingt sie zum Kampfe, und das Faktieren mit den freien Gewerkschaften wird für sie mehr und mehr zur Notwendigkeit.

Diese Entwicklung der Dinge möchten die Unternehmer aufhalten. Die Gelben sind als Schutztruppe zu bedeutungslos, und darum möchten sie die Christlichen mit ihnen kopulieren und so nicht zwei, sondern drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Mit der Geschicklichkeit eines Nilpferdes leitet die „Arbeiterzeitung“ diese neue Taktik ein. Sie schreibt (28. 7. 1907):

„Zweifellos richtig ist es, daß das Gebaren der christlich organisierten Arbeiterklasse bisher dem der sozialdemokratischen Organisationen ähnelte. Man versuchte die geforderten Arbeitsbedingungen mit Hilfe von rücksichtslos geführten Arbeitskämpfen durchzudrücken, man ipertie, boykottierte und machte sich gewissermaßen auch die sämtlichen anderen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgehenden Kräfte zu eigen, die zur Verlegung der widerpenflichen Arbeitgeber zu führen versprochen. Es besteht somit zweifellos ein gewisser Widerspruch zwischen dem Gebaren dieser Arbeiterkorporationen und ihrer Bezeichnung als „christliche“ Verbände, insofern die auf solche Weise bewirkte Ermäßigung wirtschaftlicher Vorteile an und für sich mit dem christlichen Gebanten wohl nicht das mindeste zu tun haben dürfte. Immerhin aber ist es notwendig, Begriff und Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung näher zu unterfuchen, ehe man zu ihrer völligen Verurteilung gelangt. Als Arbeitgeber werden wir erklärlicher Weise von vornherein der Koalition der Arbeiter zum Zweck unaufhörlicher Hinausführung der Arbeitsbedingungen mit Hilfe gewerkschaftlich betriebener Arbeitsniederlegung usw. grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen müssen. Wenn es uns somit auch an und für sich ziemlich gleich sein kann, von welcher Seite die gegen uns gerichteten Angriffe dabei ausgehen, so sind wir demnach aus rein praktischen Rücksichten genötigt, den einmal obwaltenden und von uns nicht mehr zu fortigerenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt in vernunftgemäßer Weise Rechnung zu tragen, indem wir uns unsere Gegner genauer daraufhin ansehen, welche Motive für ihr Verhalten denn eigentlich maßgebend sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften dienen den Drahtziehern der Unzufriedenheit als die eigentliche Schlagtruppe im Kampfe um die Befestigung der geltenden Staats- und Wirtschaftsverordnung. Der übergroßen Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mag dieser Umstand gar nicht zum Bewußtsein gelangen; sie bilden sich vielmehr ein, daß es sich lediglich darum handelt, eine dauernd steigende Fehlung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Das hindert indessen nicht im geringsten, daß sie sich trotzdem als höchst brauchbare Werkzeuge in der Hand der Führer erweisen und so die sozialdemokratische Bewegung in wirksamster Weise fördern. Ein gleiches nun von den christlich organisierten Arbeitern behaupten zu wollen, würde eine vollkommene Verneinung der Sachlage bedeuten. Wären deren Führer sich noch so exaltiert gebärden, was deren Auftreten noch so sehr über das Ziel hinausschießen und deshalb auch häufig genug zu wesentlicher Gefährdung der Interessen der Arbeiter selbst führen, insofern das von ihnen beliebte Ueberbäumen des Bogens diesen zu brechen droht, so hat man dennoch keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß in solchem Beginnen unmitelbarer Tendenzen zum Ausbruch gelangen. Es steht vielmehr zu erwarten, daß im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der „Christlichen“ für die von den Arbeitgebern zur Vermeidung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr und mehr zunehmen wird, und daß sie sich des weiteren auch schon darum zu größerer Mäßigung bequemen werden, weil sie andererseits Gefahr laufen, die Aktion derer zu unterstützen, gegen die ihre Verbandsbetätigung sich doch in erster Linie richten soll, nämlich der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dergleichen dürfte es vollkommen klar sein, daß das Unternehmertum selbst die Position seiner Gegner stärken und die eigenen schwächen wird, falls es den gekennzeichneten Unterfaltung nicht beachtet und dadurch, daß es die sozialdemokratischen und nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften in einer Topf wirft, eine Blockbildung auf der anderen Seite heraufbeschwört. Ueberall sind jetzt Bestrebungen im Gange, nicht sozialdemokratische Arbeitervereinigungen ins Leben zu rufen und mit deren Hilfe die Wucht des Angriffs der sozialdemokratischen Gewerkschaften abzuschwächen. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Plan durchaus lebensfähig ist: die Zahl der „Gelben“ wächst von Tag zu Tag. Der Zugang zu den solcherart geschaffenen Organisationen stammt aber keineswegs nur aus dem Lager der bisher überhaupt nicht organisierten, sondern zum guten Teil aus dem der sozialdemokratischen und der christlichen Gewerkschaften. Das

unter diesen Umständen die „Gelben“ von den christlichen Gewerkschaften bisher ebenso angegriffen wurden, wie von den „Roten“, ist ganz erklärlich. Es wäre aber unklug, diesen Gegensatz noch zu verschärfen. Denn zum letzten Ende muß dem Unternehmertum doch viel mehr daran gelegen sein, die Zahl seiner Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht erfindlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie vollauf geeinten „gelben“ und „christlichen“ Gewerkschaften sich zum Gaubium der Sozialdemokratie gegenfichtig das Leben schwer machen sollten, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen, indem man sie mit anderem Maß mißt als die sozialdemokratischen. Jedenfalls ist es schon aus taktischen Gründen nicht richtig, in der gegenwärtigen Periode beginnender gewerkschaftlicher Neubildungen vom Schlage der gelben Organisationen die Pflicht zu sorgfältiger Berücksichtigung der, in der Arbeiterbewegung obwaltenden Unterschiede außer acht zu lassen.“

Die Strikenten der „Arbeiterzeitung“ besitzen eine erstaunliche Virtuosität darin, heute anzubeten, was sie gestern verbrannt haben, und umgekehrt. Es ist noch nicht lange her, da waren die Roten das „keiner Uebel“, heute aber sollen die Christlichen in den besseren Topf geworfen werden. Tragisch nehmen wir diese kapitalistische Spitzbubentaktik nicht, zumal wir wissen, daß das erwachende Klassenbewußtsein auch die in christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf den richtigen Weg treiben wird.

Rabbi und König.

Mit schmerzhaftem Behagen hat die Presse der christlichen Gewerkschaften den unerquicklichen Streit zwischen dem „Christlichen“ und dem „Arbeiterzeitung“ ausgebeutet. Jetzt ist nun ein ähnlicher Streit im christlichen Lager ausgebrochen: der Metallarbeiter- und der Hilfs- und Transportarbeiterverband streiten sich um die Hilfsarbeiter in den Betrieben der Metallindustrie. Dabei wirft der „Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, dem ebenfalls christlichen Transportarbeiterverband folgende Liebenswürdigkeiten an den Kopf:

„Ein Verband wie der Hilfs- und Transportarbeiterverband, der fortwährend verfaßt und dann die ganze Welt zusammenorganisieren will (natürlich nur so lange, als es nichts kostet), in die Domänen anderer Verbände einbricht, sogar unter Hinweis der niedrigen Beiträge, muß es sich eben gefallen lassen, wenn ihn andere als nicht leistungsfähig hinstellen, um so wenigstens die Arbeiter nicht irre zu führen. Wenn das unsere Kollegen in Hannover, Frankfurt a. M. usw. getan haben, so war das ihr gutes Recht und wird in der Zukunft noch mehr geschehen, weil gerade jene Bezirke stark unter der Schmutzkonkurrenz des Transport- und Hilfsarbeiterverbandes zu leiden haben.“

Es bleibt aber nicht bei dieser allgemeinen Beschuldigung, sondern der „Deutsche Metallarbeiter“ fährt eine ganze Anzahl Orte auf, in denen die christlichen Transportarbeiter ihre Mitglieder im Stich gelassen haben. Wir erfahren dabei recht erbauliche Sachen, die zu der Großmütigkeit, deren sich die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des Transportarbeiterverbandes, immer befleißigt, schlecht stimmen. Es ist jedenfalls ein recht eigenartiges Vorgehen, wenn der christliche Transportarbeiterverband seine streikenden Mitglieder in Dünze dem Gewerbeverein der Bergarbeiter überweist und diesem damit auch die Streikkosten in Höhe von 60 000 Mk. aufhauft.

Die „Gewerkschaftsstimme“ ist natürlich fuchsteufelswild über den christlichen Bruder, der ihr so unchristlich die Wahrheit zeigt, und bemüht sich, den Eindruck, den die rücksichtslose Offenheit des Metallarbeiterorgans hervorgerufen hat, durch einen Wust von Worten zu verwischen. Folgendes „schöne“ Verschen hat sie ihrem Abwehrartikel als Motto vorgelegt:

Es fällen die Rücken und Läden,
Es fällt sich die schleichende Niedertraut
Der schmutzigen Westalmäden.

Woll kommt der christliche „Sauerdenton“ aber erst zum Ausdruck in nachstehendem düstigen Satze, der den Metallarbeitern ins Stammbuch geschrieben wird: „Schredlich ist der Kampf mit Ungeziefen, dem Gestank als Waffe dient.“ Nebenbei erfahren wir dann noch, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber, in einer offenen Postkarte die Aufnahme eines Artikels über die Missethände in einem Betriebe ablehnte und diese Karte an den Betrieb adressierte, in dem die Einjender arbeiteten. Der Erfolg dieses bewußten oder unbewußten Verrats der Arbeiter war die Vernichtung der Zahlstelle des Verbandes.

Man sieht also, daß die Brüder in Christo recht viel Dreck am Stecken haben, und es sieht ihnen schlecht an, neunzehntel ihres „Geistes“, ihrer Tinte und ihres Papiers zu verwenden, um den freien Gewerkschaften Splitter aus den Augen zu ziehen. Wir haben natürlich nicht Lust, all der Schmutz, mit dem die beiden christlichen Kämpfer sich gegenseitig bewerfen, hier aufzuführen, nur an einigen Proben wollen wir zeigen, wie zutreffend hier das Urteil in Heines „Disputation“ ist:

Es will mich schier bedünken,
Als ob der Rabbi und der König
Als ob sie beide stünken.“

Nur die Lumpen sind bescheiden!

Wie heherisch, aufrührerisch und unchristlich, kurz, wie „sozialdemokratisch“ das klingt! Nur gut, daß das Wort von einem Dichter stammt und zwar von einem großen, den selbst der Weise reizende Reizwörter der „Arbeiterzeitung“ nicht als bösen Unzufrieden zu denunzieren wagte. Und noch besser ist, daß selbst die berufenen, geborenen, ausermählten und ausgebildeten Verächter der Bescheidenheit uns diesmal nicht in die Parade fahren können. Denn um der demütigen, oder genauer gesagt, der hannoverschen Pastoren ureigene Bescheidenheit, oder besser Unbescheidenheit, handelt es sich heute. Waren es im Vorjahre die sächsischen Pastoren, die mit anerkannter Würde die ihnen vorgesetzten Behörden begründet machten, daß man sehr wohl Demut und Zufriedenheit predigen kann, ohne auch nur eine dieser Eigenschaften besitzen zu müssen, so sind es heute die hannoverschen Diener der Kirche, die von der Herren des kapitalistischen Staates einen Vorstoß auf die Seligkeit in Form einer reichlichen Lohnerhöhung verlangen.

Auf der Hauptversammlung des hannoverschen Pfarrvereins sprach Pastor Gieseler über die Neuordnung der Besoldungs- und Ruhegehaltsverhältnisse der hannoverschen Geistlichen. Er schlug vor, nicht der im preussischen Abgeordnetenhaus vertretenen geistlichen Votantari (2700 Mk. Mindest- und 6000 Mk. Höchstgehalt) zu über- nehmen, sondern etwas „bescheidener“ zu sein. Er forderte als Mindestgehalt 2400 Mk. und begründete seine Bescheidenheit damit, daß 1. zur Not einige wenige Jahre mit 2400 Mk. gerächt werden können, 2. weil es so für uns sicher und für die übrigen Landes- kirchen hoffentlich auch möglich sein wird, außerhalb des Rahmens des allgemeinen Besoldungsgeetzes die festenden 300 Mk. in den ersten Jahren anderweit zu beschaffen, 3. weil die Zahl 2400 Mk. in den Rahmen des Besoldungsgeetzes besser paßt.

Mit dieser „lumpigen Bescheidenheit“ ist aber die „Deutsche Volkszeitung“, das weltliche Pastoren-Organ, durchaus nicht zufrieden, wie aus folgendem Bericht hervorgeht: „Mit Recht wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die Geistlichen mit den Oberlehrern und Richtern gleichgestellt werden müßten, daß 2400 Mk. Anfangs- gehalt entschieden zu gering sei und daß die 600 Mk. Zuschuß zu leicht den Versuch eines Guadenverweises annähmen. Man kann sich darüber nur freuen und den Diskussionenrednern wohl zustimmen, die schließlich auf das Goethe'sche Wort hinwiesen: „Nur die Lumpen sind bescheiden.“ Wenn im Abgeordnetenhaus selbst das Mindestgehalt mit 2700 Mk. hingestellt ist, dann sollten die Pastoren wirklich im Verufe ihres Wertes stehen: „Das ist das Rechte“ und nicht in falscher Bescheidenheit sich begnügen: „Wir konnten zwar dazu

aus, wir müssen darden und Schulden machen, aber wir wollen doch befehlen sein und nicht die 2700 M. nehmen, die ihr ausgehen wollt, sondern nur 2400 M." Es hat uns von Herzen gestreut, daß so energisch die Gleichstellung der Geistlichen mit den Oberlehrern und Richtern gefordert wurde. Es mag als eine segensreiche Frucht des Pfarrvereins gelten, daß das Standesbewußtsein unter den Geistlichen sich mehr als bislang regt. In anderer Stelle schreibt dasselbe Blatt: "Wenn wirklich einige Juden, Katholiken und völlig Ungläubige zur Kirchensteuer mit herangezogen werden, so kann daraus den Pastoren bei ihrem Streben, ihr Einkommen wenigstens einigermaßen mit den verteuerten Lebensbedingungen in Einklang zu bringen, nicht im geringsten ein Vorwurf gemacht werden." So, so! Wenn Arbeiter ihr Einkommen mit den verteuerten Lebensbedingungen in Einklang bringen wollen und sich zu diesem Zwecke an den Unternehmer wenden, der aus ihrer Arbeitskraft Profit herausholt, so sind es sehr oft die geistlichen Herren, die über die "Begehrlichkeit" der Arbeiter zernern, und von den Kanzeln herab ist schon gar manches Wort wider die Unzufriedenheit der Massen geschleudert worden, wenn aber wie hier Leute, die den Dienst des Pfarrers nie in Anspruch genommen haben, zur Beibehaltung desselben herangezogen werden, so wird das von eben diesen Geistlichen für gut und richtig befunden. Und während die Geistlichen einen Lohn von 2400 M. pro Jahr für unzureichend erklären, müssen die Arbeiter oft wochenlange Kämpfe führen, um nur die Hälfte dieser Summe zu erhalten.

Wir gestehen selbstverständlich auch den Pfarrern das Recht zu, sich eine bessere Bezahlung zu erringen, aber, daß die Drohung der "Vollstz." "Entweder mehr Achtung vor unserem Willen oder wir tun nicht mehr mit", recht wenig Furcht auslösen wird. Jedenfalls wäre ein Streik der Pfarrer der Uebel größtes nicht. Raten möchten wir den hannoverschen Pastoren, mit einem event. Streik zu warten, bis das Reklamt. aus dem Gouvernement Simeonopol (Rußland) bekannt ist, dort sind nämlich die Bauerngemeinden gottlos genug gewesen, den Geistlichen das Gehalt zu kürzen, worauf dieselben prompt mit Niederlegung der Arbeit antworteten. Es nun den russischen Bauern ihr Seelenheil über ihre Silberbeutel lieber sein, wird sich ja bald zeigen, jedenfalls bekräftigen außer den hannoverschen und sächsischen auch die russischen Arbeiter im Weinberge Gottes die Wahrheit des Dichterswortes: "Nur die Dumme sind bescheiden."

Streiks und Lohnbewegungen.

Verdorf. In der hiesigen Sandplattenfabrik hat ein Streik gegen die Organisation begonnen. Der Direktor erklärte offen, daß er „aufkräumen“ wolle. Er fürchtet, daß die Kollegen eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft verlangen und will sie deshalb einmücheln. Gelingen wird ihm das nicht, vielmehr wird seine Maßregelungsmut den Arbeitern erst recht zeigen, wie notwendig sie den Verband gebrauchen und wie sehr der Direktor ihn fürchtet. Die Fabrik sucht nun in norddeutschen Zeitungen Arbeiter, hauptsächlich sorgen unsere Kollegen allerorts dafür, daß der Bezug nach hier ferngehalten wird.

Düsseldorf. Der Streik in der Papierfabrik von Hermes u. Co. hat mit einem vollen Erfolg der Arbeiter geendet. Die Entschung und Entwicklung dieser Bewegung zeigt klar und deutlich, daß es den Arbeitern sehr wohl möglich ist Verbesserungen, durchzusetzen, wenn sie nur einig sind, daß andererseits die Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern nicht zurückgewiesen werden, solange nicht die Arbeiter die Macht haben, ihren Forderungen auch Nachdruck zu verleihen.

Ende Juni wurden im Auftrage der Kollegen der Papierfabrik von Hermes u. Co. der Gauleiter und der 1. Bevollmächtigte bei der Direktion bestellt, und erwidern um Abklärung verschiedener Missstände. Der Direktor soll versprochen bereitwillig, die geringsten Missstände zu beseitigen. Als nun die beiden Vertreter der Organisation fragten, wie sich die Abklärung um die Frage eines Tariffs sowie eines Arbeiter-Ausschusses stelle, erklärte der Herr, er hätte gegen einen Tarif durchaus nichts einzuwenden, wir sollen einen solchen ausarbeiten und ihn einreichen, er würde dann sehr gern mit uns darüber verhandeln. Auch gegen einen Arbeiter-Ausschuß habe er nichts im Gegensatz, er verhandle lieber mit der Organisation oder einem Ausschuss als mit jedem Arbeiter einzeln.

Am Grund dieser Verhandlungen wurde nun sofort eine Kommission gewählt, welche einen Tarif in allen seinen Einzelheiten ausarbeiten sollte. Nachdem derselbe die Zustimmung aller Kollegen gefunden, wurde er am 14. Juli an die Firma abgereicht mit der Bitte, bis zum 20. Juli einen Verhandlungstermin zu bestimmen. Eine Antwort erfolgte jedoch nicht. Am 21. Juli wurde nun per Telefon angesetzt, ob die Vertreter der Organisation empfangen werden, dieses wurde lehens der Firma unter Ausflüchten vertagt. Am folgenden Tage wurde die Kommission der Arbeiter vorstellig, sie wurden um Verhandlungen gegen den Verband abgewiesen. Als der Gauleiter und der 1. Bevollmächtigte darauf zur Fabrik kamen, wurden sie ebenfalls abgewiesen. Es begann nunmehr seitens der Firma der Kampf gegen die Organisation. Arbeiter, welche bis zu 14 Jahren in der Fabrik gearbeitet haben, wurden aufgefordert, aus dem Betriebe zu weichen, als sie sich dessen weigerten, wurden sie entlassen. Der Personalrat wurde sogar sofort entlassen, obwohl er durch seine Kündigung keine Schuld hatte. Während der Herr Direktor ausschließlich sehr gerne mit der Organisation verhandelt, suchte der Geschäftsbereich mit allem Nachdruck zu verhindern. Daß der Einigkeit der Kollegen kein es aber anders, als sich dies Herr Hermes dazu.

Daß die vom Verbanden. Maßregelungen genau, beschließen die Arbeiter nun ebenfalls die Kündigung einzureichen. Als Antwort darauf wurden 21 Arbeiter, welche keine Kündigung hatten, sofort entlassen. Klagen wurden dann, nachdem jeder einzeln gefragt war, ob er in den Betrieb zu weichen wolle. Da sich nicht ein Arbeiter dazu bereit erklärte, wurde das letzte mit wolle, so wurden eben alle 21 Arbeiter entlassen. Mit ihnen kamen auch noch mehrere im Betriebsbereich verbliebene Kollegen unter Kommando der Firma. Es wurde den unternehmischen von Ablauf der Kündigungsfrist einmücheln verboten, es sollten die Firma verklagen, Lohn gab es für die Kündigungsfrist nicht.

Die Kündigungsfrist ging in dieser Generalstreik wohl noch deutlich über, weil sie glatte, bereits eine ganze Anzahl Streikbrecher in den Betrieb zu lassen. Einmal um Mittag zum erstenmal wurde der Betrieb von 25 und 21 Mann. Die Streikbrecher waren aber sehr zahlreich und es gelang mit leichter Mühe, die Arbeiter wieder mit Gewalt zu trennen.

Die Arbeiter in den Generalstreik sind Streikbrecher nicht, sondern sie sind die Arbeiter, die den Streik in den Betrieb zu lassen wollen, das ist die Aufgabe der Kollegen in der Fabrik.

Die Arbeiter in der Fabrik, die den Streik in den Betrieb zu lassen wollen, das ist die Aufgabe der Kollegen in der Fabrik.

Die Arbeiter in der Fabrik, die den Streik in den Betrieb zu lassen wollen, das ist die Aufgabe der Kollegen in der Fabrik.

Der eingereichte Tarif wurde mit einigen Änderungen angenommen. Es wurden einzelne Positionen herabgesetzt, aber es wurden dafür auch einige Sätze erhöht. Der so geänderte Vertrag wurde auf die Dauer von zwei Jahren geschlossen. Auch wurde sofort ein Arbeiter-Ausschuß gewählt und von der Firma anerkannt. Sämtliche Arbeiter wurden wieder eingestellt; die beiden Streikbrecher werden als Hofarbeiter beschäftigt.

Dieser Kampf ist ein glänzendes Beispiel dafür, was die Arbeiter durch Einigkeit erreichen können. Der Streik wurde brutalerweise von der Firma provoziert, er wäre nicht gekommen, wenn die Firma nicht auf die Uneinigkeit ihrer Leute gerechnet hätte. Er wäre nicht gewonnen worden, wenn die Einigkeit der Kollegen nicht eine derart gute gewesen wäre, wie dies tatsächlich der Fall war.

Hoffentlich hält diese Einigkeit nun nach dem Kampfe auch an, daß nun nicht etwa der eine oder andere denkt, wir sind auf zwei Jahre gefestigt, nun brauchen wir den Verband nicht mehr. Zu hoffen und zu wünschen ist aber auch, daß die Kollegen der anderen Papierfabriken in Düsseldorf, welche bedeutend schlechtere Arbeitsverhältnisse haben, ihrerseits die Lehre hieraus ziehen, daß es auch ihnen glücken wird, bessere Zustände in ihren Betrieben zu schaffen, wenn sie einig sind und sich organisieren. Darum lautet jetzt die Parole für alle Papierarbeiter: **Einigkeit in den Verband!**

Glauchau. Nachdem schon vor zwei Jahren in der Chemischen Fabrik von M. B. Vogel eine Lohnbewegung eingeleitet hatte, dieselbe aber vertagt worden mußte, reichten die Kollegen genannter Firma im vorigen Monat einen vorher ausgearbeiteten Lohnantrag durch die Verbandsleitung ein. Die Firma schien es aber nicht für nötig zu halten, sich darüber zu äußern, ob sie verhandeln wollte oder nicht. Die Firma glaubte auch diesmal, wie vor 2 Jahren, eine Sprengung der Bewegung zu erreichen, nachdem sie einen Punkt bewilligen wollte. Da dieses Zugeständnis der Firma unannehmbar war und sämtliche Kollegen auf ihren Forderungen bestanden, wurde der Arbeiterausschuß vorstellig, um Verhandlungen anzubahnen. Die erste Verhandlung wurde vom Dir. verweigert, der den Herrentantpunkt betrat und erklärte: "Wenn es nicht genug ist, kann gehen." Nach dieser Neuerung mußten ja die Kollegen, was sie zu tun hatten. Es erfolgte eine Fabrikbesprechung, in der einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Nachdem die Firma ein sah, daß die Arbeiter einmütig ihre Forderung vertraten, änderten sie ihren Standpunkt und es kam durch Vermittlung unseres Gauleiters zu einer Verhandlung. Dabei wurde sämtlichen Arbeitern eine Lohn-erhöhung von 1 M. pro Woche und den Antimonialarbeitern eine solche von 3 M. pro Woche zugestanden. Für Ueberstunden wird in Zukunft ein Zuschlag von 30 Prozent bezahlt. Die Kollegen erklärten sich mit diesem Zugeständnis einverstanden und nehmen nach fünfjähriger Streik die Arbeit wieder auf.

Lehentlich verlief die Bewegung in der Zementwarenfabrik von Gebr. Wetters. Zur selben Zeit, wie bei obiger Firma, wurden auch hier Forderungen durch die Verbandsleitung eingereicht, nachdem schon vorher von den Arbeitern erfolglos um Lohnhöhung nachgehakt war. Auch hier hieß es zuerst: "Wenn es euch nicht paßt, macht daß ihr raus kommt, die Arbeit kann jeder Bauernbunzel machen." Obwohl die hier gezahlten Löhne von 26-32 Pf. absolut unzureichend sind, wollte doch die Firma keinerlei Entgegenkommen zeigen. Die Kollegen haben sich auch hier zur Arbeitsniederlegung gezwungen. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß - auch die Ortsverwaltung trat in Tätigkeit - wurde dann eine Lohn-erhöhung von 2 Pf. pro Stunde zugestanden, worauf der Streik nach vierwöchentlicher Dauer abgebrochen wurde.

Es sind die ersten Lohnbewegungen, die unsere Zahlstelle durch-geleitet hat und wir können wohl sagen, daß sie einen wesentlichen Erfolg für unsere Kollegen gebracht haben. Es geht aber, dafür zu sorgen, daß der letzte Arbeitsschub für die Organisation gewonnen wird, damit uns kommende Kämpfe noch besser gerüstet finden.

Schöpsener. In der chemischen Fabrik von G. Dittmann u. Co. haben die Kollegen die Kündigung eingereicht, da die Firma jede Verhandlung über einen eingereichten Lohnantrag ablehnte. Dabei ist der Lohn in diesem Betriebe ganz außerordentlich niedrig; er beträgt im Durchschnitt nur 25,5 Pfennig pro Stunde. Angesichts dieser Tatsache sieht zu hoffen, daß die Firma sich noch im letzten Augenblicke bekehrt und den Arbeitern entgegenkommt, wenn nicht, werden dieselben sich eine Besserung dieser Lohnsätze zu erkämpfen wissen.

Ludwigshafen. Als im Jahre 1905 die Gasarbeiter in der Amalifabrik den Versuch unternahmen, durch Einreichung eines Tariffs eine Lohnregulierung bezw. Lohnhöhung zu erreichen, war es jedem klar, daß diese Bewegung das Entree für einen mit elementarem Gewalt ausbrechenden Streik bedeutete. Ein halbes Jahr darauf, im Januar 1906, kam es zur Katastrophe, 1600 Arbeiter hatten plötzlich die Arbeit niedergelegt. Der erzwungene Ausbruch der Differenzen gestattete eine tarifliche Regelung der Löhne nicht, aber seit jenem Tage ist der Ruf nach einem korporativen Arbeitsvertrag nicht mehr verhallt. Die Art der Beilegung dieser vorjährigen Differenzen hat dann auch den Boden für zahlreiche Unstimmigkeiten abgeben. Diese haben sich vom Tage der Arbeitsniederlegung der Kohlenarbeiter bis heute erhalten, und nur den Organisationsleitern und der Erziehungsarbeit der Organisation ist es zu danken, wenn bis jetzt diese Unstimmigkeiten sich nicht in ähnlicher Weise wie im Vorjahre äußerte. Die erzwungene Vertreibung des ganzen Lebensunterhaltes zwingt die Arbeiterschaft der Amalifabrik, wiederum die Direktion um Lohnregulierung anzugehen. Jetzt sind nun der Direktion von sämtlichen in der Amalifabrik in Betracht kommenden Gewerkschaften die Tarife vorgelegt und ist bis zum 21. August Rücküberlegung erbeten worden.

Der Tarif basiert auf folgenden Grundlagen: Alle bereits im Betriebe beschäftigten ungelernen Arbeiter über 20 Jahre erhalten bei Jubiläum des letzten Lohnes in der Lohnklasse bis zu 3,50 M. 12 Prozent Lohnzulage, von 3,51 M. bis 4,00 M. 10 Prozent, von 4,01 M. bis 4,50 M. 7 Prozent, und über 4,50 M. 5 Prozent. Die durch eine im Frühjahr veranlassete Erhebung ermittelten Durchschnitts-Löhne sind in dem Tarife als Minimallohn angenommen, die ebenfalls ermittelten Höchstlöhne ergeben unter Zugschlag der zuzubehaltenden Prozente den Normallohn im Tarife.

Der Direktion ist der Abtätigkeit auf 2 Jahre angeboten, dieser Umstand würde schon die bestehenden Ansprüche vollumfänglich rechtfertigen, denn der Lebensunterhalt wird in dieser Zeit wiederum bedeutend teurer werden, ganz abgesehen davon, daß ja die im Vorjahre gewährte Lohnzulage durch die allgemeine Vertenerung doppelt aufgelagert ist. Also nach alledem liegt für die Firma kein Grund vor, den berechtigten Wünschen der Arbeiter gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen. Der Abtätigkeit eines Tariffs wird die Arbeiterschaft wieder helfen und ein Verhältnis schaffen, wie es beiden Teilen nur vorteilhaft sein kann.

Rauheiser. Nach mehreren vorausgegangenen, von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Aktien-Gesellschaft für Selbstindustrie herbeigeführten Verhandlungen wurde die Organisationsleitung unseres Verbandes seitens der Arbeiterschaft beauftragt, Lohnforderungen bei der Firma einzureichen. In Verantwortung der Forderungen erhielt die Organisation von der Firma folgende Zusätze:

Wannheim-Redaran, 12. August 1907.
Herrn Johannes Forsthuber
Wannheim, F 4, 9 III.

Wir danken Ihnen für Ihr uns mit get. Zuschrift vom 8. d. gütigen Annehmen, werden jedoch auch künftig unserer bisherigen Gesetzmäßigkeit treu bleiben und alles, was unser Verhältnis zu unserer Arbeiterschaft betrifft, durch direkten Verkehr mit derselben in der bestmöglichen Weise weiter behandeln.

Wir danken Ihnen auch, durch diese Maßgabe sehr Vorkennen unserer Firma und unserer Arbeiterschaft die jährliche harmonische Lohnregulierung zu tunen und setzen uns schon deshalb veranlaßt, Vorzulegen, die von außerordentlich strenger Seite vorgegangen werden, kein Gehör zu erteilen.

Unsere Arbeiterschaft weiß, daß sie bei berechtigten Ansprüchen jederzeit ein offenes Ohr bei uns gefunden hat.

Hochachtungsvoll
Kriegsgesellschaft für Selbstindustrie
Kamer walderlich, vormals Ferdinands Hof.

Dieses Schriftstück ist nicht für eine hohe Umkehr in sozialen Dingen. Der direkte Verkehr mit der Arbeiterschaft ist jedenfalls der, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin ein jedes ein

Erhöhung der Löhne bitten und bettelt soll. Nun ist zur Genüge bekannt, daß in solchen Fällen die Antwort üblich ist: "Wenn es nicht paßt, kann gehen." Ein Arbeiterauschuß, der die Aufgabe hat, die Wünsche und Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist ebenfalls nicht vorhanden. Was die "schönste Harmonie" anbelangt, die zwischen der Firma und der Arbeiterschaft bestehen soll, so zerfällt sie in nichts, wenn man in Betracht zieht, daß auch aus dem Ausland Kräfte engagiert werden zu Löhnen von nur 2,80 bis 3 M. pro Tag für erwachsene Arbeiter.

Hat sich nun die Firma den Wünschen der Arbeiter nicht entgegenkommend gezeigt, so dürfte ihr wohl noch durch die Einigkeit der Arbeiter bewiesen werden, daß berechtigte Forderungen auch erzwungen werden können.

Wannischer Grund. In den Schmelzgießwerken von W. Lorenz in Hainberg waren unsere Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie forderten Abschaffung der Wochen- und Ein-führung der Stundenlöhne, weil zurzeit trotz vereinbarter Wochen-löhne die Feiertage nicht bezahlt wurden. Außerdem sollten die Löhne, und zwar vornehmlich die niedrigsten, aufgebessert werden. Die Firma lehnte es ab, mit der Verbandsleitung zu verhandeln und berief sich auf den Arbeiterausschuß. Da die Kollegen einen Arbeiterausschuß nicht kannten, wurde eine Kommission vorstellig, um die Forderungen vorzubringen, erzielte aber keine Zugeständnisse. Die Arbeiter ließen sich diese Abweisung nicht gefallen und verlangten, daß der Unternehmer mit ihrer Kommission verhandele. Das Minimum der Arbeiter hatte den Erfolg, daß Herr L. die Kom-mission zur Verhandlung berief und zu derselben noch einige andere Arbeiter zuzog. Auf seine Frage, was denn würde, wenn er nichts bewilligte, antworteten die Kollegen, daß sie darüber Auskunft nicht geben könnten, da die Entscheidung hierüber der gesamten Arbeiterschaft zustehe. Es eruchten ferner um Gegenvorschläge, falls der ein-gereichte Tarifentwurf ihm nicht annehmbar scheint. Auf letzteren Vorschlag ging Herr L. ein, hatte jedoch in seinem Entwurf die jugendlichen Arbeiter sowie sechs ältere vollständig unberücksichtigt gelassen. Auf erneute Vorstellungen der Arbeiter legte er aber auch hier etwas zu. Wenn nun auch im allgemeinen der Erfolg ganz erfreulich ist, so ist doch zu bedauern, daß die Erhöhung für die schlechtbezahlten Kollegen im Verhältnis zu den besser bezahlten zu gering ist. Für die gleiche Arbeit werden recht verschiedene Löhne bezahlt und es muß unsere Aufgabe sein, für Besserstellung der schlecht bezahlten Kollegen einzutreten.

Verbandsnachrichten.

Vom 13. August ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Bapenburg 5.—, Stettin 800.—, Stodelsdorf 200.—, Wülster 150.—, Bad Rheinfelden 131,50, Mutterstadt 77,48, Bernau 58,80, Altwasser 30.—, Marne i. P. 153,90, Köthen 150.—, Wölkendorf 100.—, Landsberg 100.—, Bremen 4,35, Stuttgart 600.—, Sonneberg 200.—, Königstein 100.—, Ludwigshafen 2400.—, Großhain 131,50, Wolgast 67,50, Uckermark 59,80, Oberschlema 24.—, Neuhofen 200.—, Wölkendorf 131,72, Bries 180.—, Fürth 400.—, Schwaan 300.—, Lübeck 1600.—, Leipzig 800.—, Stadtdorf 200.—, Oberschlema 30.—, P. Blant -50, Bismarck 467,22, Elm 18.—, Neudamm 14.—, Gann.-Münden 90.—, Breslau 800.—, Berder a. d. S. 765,05, Traun-stein 559,56, Friedland i. M. 400.—, Silberstein 400.—, Uckermark 300.—, Zentralverband der Zimmerer zurückbezahlt 54,60, Wetz 22,60.

Schlus: Montag, 19. August, mittags 12 Uhr.
Berichtigung: In Nr. 33 muß es heißen: Minden 150,— M., nicht Wünden.

Fr. Bruns, Kassierer.
Ausgeschlossen wurden Wilh. Krüger, Buch-Nr. 22 309; Ernst Fechner, Buch-Nr. 56 984; Joh. Braun, Buch-Nr. 149 720, auf Antrag der Zahlstelle Köpenick wegen unsolidarischen Verhaltens.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:
Bresk. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
Sonneberg. 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder und Woche.

Zeits. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.
Nr. 70 417, ausgestellt am 3. Dezember 1905 für Ephraim Gädke.
Nr. 37 133, ausgestellt am 9. Dezember 1906 für Ewald Reinhold.
Nr. 19 583, ausgestellt für Heinrich Albert.
Nr. 182 504, ausgestellt am 1. Juni 1906 für Gustab Schack.
Nr. 75 306, ausgestellt am 17. Juni 1905 für Johann Ordnung.

Eingegangene Zahlstellen.
Parchim. Die Mitglieder aus Lehnin haben sich der Zahlstelle Brandenburg angeschlossen.
Aus Sommerda an die Zahlstelle Erfurt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Erdorf (Gau 1). J. Rodendorf, Weterstiege 17.
Erdorf. Friedrich Kersten, Kupferhammer Weg 8a.
Geweilsberg. Otto Straßmann, Teichstr. 7.
Garia. Alwin Riedel, Gersdorf 92. (Bez. Leipzig.)
Schöpsener. Peter Buttel, Hauptstraße.
Lindenberg. Josef Unger, Ried, Gasthaus "Zur Nieder-höhe".

Mittenwalde (Marl. Gau 3). Paul Thiele, Chauffeurstraße 1.
Mittweida. (Gau 2.) Emil Böschner, Steinweg 40, I.
Oberschlema. Alfred Deier, Nr. 16.
Drehruß. Herm. Grub, Waldstr. 64.
Oranienburg. Herm. Funk.
Stulp. R. m. u. s., Präbidentenstr. 12.
Stralsburg i. C. Mag. Ziegler, Bischofheim, Zeh-gasse 1.
Peterow i. Meckl. R. Käsebieter, Nörl-Ringstr. 564.
Zeits. Reinhold Uhe, Stiftsberg 3.

Inerate.

Zahlstelle Alfeld.
Sonnabend, den 24. August, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Verkehrslokale.
Der sehr wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
Die Bevollmächtigten.
Zahlstelle Blankenburg u. Umgeg.
Sonntag, den 1. September, im Restaurant „Vorwärts“:
Sommer-Fest
verbunden mit Kinderbelustigung.
Anfang 8 Uhr. Ball von 7 Uhr an.
Alle Mitglieder nebst Angehörigen sind freundlichst eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Festkomitee.
Zahlstelle Bin und Umgegend.
Bureau: Köln „Volkshaus“, Eberstr. 199, II. 3. 16.
Geöffnet täglich von 11-1 Uhr, nachmittags von 6-8 Uhr.
Sonntags von 11-12 Uhr.
Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung wird nur Sonnabends, vormittags von 11-1 Uhr, ausbezahlt.
Die Kollegen werden ersucht, alle für uns in Betracht kommenden frei-gewordenen Arbeitsplätze auf dem Bureau zu melden.
Die Ortsverwaltung.

Aus der chemischen Industrie.

Die Arbeitszeit in der chemischen Industrie Oesterreichs.

Nicht im gesegneten Reich deutsch-höhenzollerischer Sozialreform, sondern im „verlötterten“ Oesterreich ist soeben eine wertvolle sozialstatistische Regierungsveröffentlichung über die Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben (dargestellt vom k. k. arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium, Wien 1907. Verlag von Alfred Hölder) erschienen. Oesterreich hat bekanntlich seit 22 Jahren den gesetzlichen Erntestundentag auch für Männer, den wir in Deutschland seit 15 Jahren erst für Frauen haben. Und jetzt forscht man danach, ob nicht darüber hinaus Fortschritte gesetzlich festzulegen seien. Die Erhebung wurde im März 1906 mit Hilfe der Gewerbeinspektoren vorgenommen, und jetzt liegt in dem oben zitierten dicken Band der Rechenschaftsbericht mit allen Teilergebnissen vor. Unsere Kollegen wissen, wie enge Beziehungen die deutsche chemische Industrie zur österreichischen hat. Teilweise sind deutsche und österreichische chemische Fabriken eng faktelliert (z. B. in der Leimbranche, in der Firma Schimmelpfeng u. a.). Auch im besonderen Brancheninteresse liegt es also, sich die österreichischen Verhältnisse genau anzusehen.

An chemischen Fabrikbetrieben überhaupt wurden 785 mit 42 578 Arbeitern festgestellt. Im einzelnen wird nachgewiesen, daß ungefähr die kleine Hälfte der 42 578 Arbeiter in Betrieben mit unter 101 Arbeitern schafften, nämlich:

4 294 Arbeiter in 355 Betrieben mit 1—20 Arbeitern
6 885 „ „ 210 „ „ 21—50 „
8 626 „ „ 118 „ „ 51—100 „

Die absolut größte Zahl aller Arbeiter war beschäftigt in der nächsten Größenklasse, nämlich:

13 382 Arbeiter in 82 Betrieben mit 101—300 Arbeitern, sodann
7 331 „ „ 17 „ „ 301—1000 „, und endlich
2 057 „ „ 2 „ „ über 1000 „

Oesterreich hat also zwei chemische Riesenbetriebe à la Höchst und Ludwigshafen, wenn auch noch nicht von ganz gleicher Ausdehnung, sowie 17 Großfabriken. Die jugendliche Arbeit ist, ähnlich wie in der deutschen chemischen Industrie, nicht übermäßig entwickelt. Von der Gesamtarbeiterzahl sind nur 940 = 2,2 Prozent unter 16 Jahren. Dagegen sind ein volles Viertel der Beschäftigten weiblich, nämlich 10 470 = 24,6 Prozent. Das scheint schlimmer zu sein als in Deutschland. Die große Mehrzahl dieser Frauen und Mädchen ist von den größeren Betrieben herangezogen, die über 100 Arbeiter haben, nämlich 6398, und zwar zeigt einmal die mittlere Größenklasse der chemischen Betriebe, diejenige von Fabriken mit 100—300 Arbeitern, die absolut stärkste weibliche Besetzung. Dort stehen 7312 männlichen nicht weniger als 3339 weibliche Arbeiter gegenüber, sodaß die Frauen ein volles Drittel der Arbeiterschaft bilden. Sodann überwiegt in der allergrößten Betriebsklasse mit über 1000 Arbeitern sogar die Frauenarbeit die Männerarbeit. Es kamen auf nur 679 Männer 1378 Frauen. Doch bezieht sich dies auf die nicht mit Tag- und Nachtschicht arbeitenden Fabriken. Diejenigen mit Tag- und Nachtschicht haben ganz geringe Frauenarbeit.

Überhaupt ist die Mehrzahl der österreichischen chemischen Fabriken nicht kontinuierlich, d. h. ohne regelmäßigen Tag- und Nachtschichtbetrieb. Denn es wurden gezählt:

A. Nicht kontinuierliche Betriebe bezw. Betriebsabteilungen im ganzen			
731 mit 23 725 männlichen, 10 414 weiblichen davon			
mit 1—20 Arbeitern	316	2 880	706
„ 21—50 „	201	4 094	1 511
„ 51—100 „	115	5 073	1 799
„ 101—300 „	80	7 312	3 339
„ 301—1000 „	17	3 687	1 681
„ über 1000 „	2	679	1 378

B. Kontinuierliche Betriebe bezw. Betriebsabteilungen im ganzen			
306 mit 3383 männlichen, 56 weiblichen davon			
mit 1—20 Arbeitern	111	705	3
„ 21—50 „	74	1 279	1
„ 51—100 „	57	1 702	52
„ 101—300 „	53	2 731	—
„ 301—1000 „	11	1 966	—
„ über 1000 „	—	—	—

Diese Uebersicht gibt einen ausgezeichneten Einblick in die eigentümliche Verzweigung der chemischen Frauenarbeit in Oesterreich. Sie zeigt die oben schon hervorgehobene Tatsache, daß die größeren Betriebe mit der vermutlich größten Arbeitszeitteilung auf Grund des bekannten kapitalistischen Grundgesetzes die ausgedehnteste Verwendung für Frauenarbeit haben, auch in der chemischen Industrie. Je größer der Betriebsumfang, desto höher der Prozentsatz der weiblichen Arbeit, auch in einer so gesundheitschädlichen Branche, wie der ungeringen. Es ist ein ganz unschätzbare Nebengewinn der österreichischen Erhebung, daß sie nicht bloß die Arbeitszeitverhältnisse, sondern auch den sozialen Aufbau der Arbeiterschaft nach Alter, Geschlechtern und ihrer Verteilung auf die Größenklassen der Betriebe so klar aufzeigt. Entweder sind wir in Deutschland in gleichen Verhältnissen, ohne es zu wissen, weil uns gleich gute amtliche Erhebungen fehlen, oder wir sind mindestens auf dem Wege zu dieser Entdeckung, da uns gleiche kapitalistische Gesetze regieren, wie in Oesterreich.

Die Ziffer der in Tag- und Nachtschichten beschäftigten chemischen Arbeiter wird mit 9 463 angegeben.

In der Hauptsache, in der Ausdehnung der Arbeitszeit, ergibt sich zunächst ein nur sehr wenig erhebliches Bild. 50,1 Prozent aller chemischen Arbeiter hatten 10—11 Stunden, nur 49,7 Prozent unter 10 Stunden tägliche Beschäftigung. Werden aber nichtkontinuierliche und kontinuierliche Betriebe gesondert betrachtet, so zeigt sich, daß in nichtkontinuierlichen Betrieben (s. oben) von je 100 Betrieben bezw. Betriebsabteilungen

9 Stunden und weniger: 5,2 Prozent der Betriebe und 4,9 Prozent der männlichen, sowie 6,2 Prozent der weiblichen Arbeiter;

9 bis 10 Stunden: 45,6 Prozent der Betriebe und 44 Prozent der männlichen, sowie 45,3 Prozent der weiblichen Arbeiter.

10 bis 11 Stunden: 50,6 Prozent der Betriebe und 50,8 Prozent der männlichen, sowie 48,5 der weiblichen Beschäftigten arbeiteten. Weniger als 9 Stunden schafften nur 12 Betriebe bezw. Abteilungen mit 536 Personen, 237 männlichen und 299 weiblichen. Andererseits sind sogar 2 Betriebe mit 61 männlichen Arbeitern ausgeführt, die mehr als 11 bis 12 Stunden, also weit über den gesetzlichen Arbeitstag hinaus, schafften. In den kontinuierlichen Betrieben vollends hatten 97 Prozent der Fabriken und 92 Prozent der männlichen, 100 Prozent der weiblichen Arbeiter zwölfstündige Arbeit, und nur 8 Prozent der männlichen Arbeiter in 3 Prozent der Fabriken die Achtstundenschicht. Auch in Oesterreich ist also unsere Industrie eine Beschäftigungsart mit vorwiegend langer Arbeitszeit für die Proletarier. In nichtkontinuierlichen Betrieben überwiegt bei weitem der Erntestundentag und es kommen sogar unmensliche Arbeitszeiten von noch längerer Dauer vor. In kontinuierlichen Betrieben aber ist die Zwölfstundenschicht so gut wie herrschend und die durch die Verhältnisse des fortgesetzten Betriebes doch beinahe mit Notwendigkeit gegebene Achtstundenschicht die große Ausnahme. Interessant dagegen ist, daß der Satz, daß die Frauenarbeit immer und regelmäßig zur Verlängerung der Ausbeutungszeit dienen muß, hier nicht zutrifft. Die weiblichen Arbeiter stellen aus ihrer Mitte einen höheren Prozentsatz als die männlichen von solchen Angehörigen, die in der Gruppe mit kürzerer Arbeitszeit schafften (6,2 Prozent gegen 4,9 Prozent).

Eine Spezialisierung nach chemischen Branchen und ihrer speziellen Arbeitszeit für Oesterreich liefert schließlich folgende Uebersicht. Von je 100 Arbeitern schafften

in der Gruppe:			
bis zu 9 Stunden	9—10 Stunden	10—11 Stunden	Prozent
Chemische Produkte	10,2	38,1	51,7
Leuchtgas	15,1	62,4	22,5
Erdöldestillation	—	45,2	53,9
Farbstoffe	6,3	49,2	44,5
Alkalis	—	95,1	4,9
Margarine, Seife	2,5	67,7	28,8
Fette, Öle	—	1,3	98,7
Explosivstoffe	27,5	53,6	18,9
Zündhölzchen	—	16,0	84,0
Spodium	3,3	44,5	51,4

Die günstigsten Arbeitszeiten hatten danach die Arbeiter der Explosivstoff-Industrie und der Leuchtgasbranche; mit vorwiegend mittlerer Arbeitszeit folgten die Arbeiter der Bleistift-, Margarine- und Seifenfabrikation; unter den längsten Arbeitszeiten aber litten die Proletarier der chemischen Produkte, Erdöldestillation, Farbstoffe, Zündhölzchen- und Fett- bzw. Delinindustrie, wo immer mehr als die Hälfte, meist neun Zehntel der Beschäftigten die längsten Arbeitszeiten auszuhalten hatten.

Soweit die österreichische Statistik für heute. Wir werden noch öfter auf Einzelstellungen derselben zurückkommen haben, bis unsere Verbandsstatistik für Deutschland hoffentlich mit annähernd gleicher Vollständigkeit vorliegt. Die österreichischen Zahlen entrollen düstere Lebensbilder, aber sie zeigen doch wenigstens auch schon die Stellen, an denen unsere dortigen Kollegen mit ihrer Organisations- und Kampfarbeit am ersten einzusetzen haben. Ihre Leiden sind unsere Leiden, ihre Erfolge unsere Erfolge!

Arbeit für die Gewerbeinspektion!

Viele Unfälle kommen in chemischen Fabriken Jahr für Jahr beim Reinigen großer Schwefelsäuretransportgefäße vor, dem sich in ihnen abgehenden Schlamm vor, namentlich wenn sie sogenannte Abfallsäure enthalten, d. h. Schwefelsäure, die schon zur Herstellung von Nitroglyzerin, Nitrozellulose oder anderen Nitroverbindungen geeignet hatten, und die dabei immer noch bedeutende Mengen von Salpetersäure enthält. Hier entwickeln sich beim Aufräumen des abgefestigten Schlammes mit Wasser die so gefährlichen rotbraunen Dämpfe von Unterjodperoxyd, deren Einatmung nach einigen Stunden heftige Entzündungsanfalle hervorruft, denen die Betroffenen in wenigen Stunden erliegen. Im vorigen Jahre sind wieder eine ganze Reihe Arbeiter in den Bezirken Venedig, Arnsberg und Döbeln auf diese Weise ums Leben gekommen. Jahrzehnte lang können sich jedes Jahr dieselben Unfälle aus denselben Ursachen ereignen, in denen Menschen ums Leben oder zu schweren Gesundheitsschäden kommen. Aber Verbote, die die Wiederholung der Unfälle unmöglich machen, werden nicht erlassen, denn die Industrie könnte dadurch ja „beunruhigt“ werden. Hier bleibt den Kollegen, die ihre Haut zu Markte tragen, nichts übrig, als sich selbst zu rühren, sich selbst über die ihnen drohenden Gefahren zu orientieren und solche Unfälle entschließen nicht länger zuzulassen.

Unternehmerprofiere.

Die Anhaltisch-Weißfällische Sprengstoff-Gesellschaft erzielte im Jahre 1906 bei einem Stammkapital von 3 Millionen Mark 853 000 Mark Reingewinn, gegen 686 000 Mark im vorigen Jahre. Das ist ein Mehr von 197 000 Mark. An Dividende zahlte die Gesellschaft 17 1/2 Prozent, gegen 15 Prozent im Vorjahre. Die Gesellschaft, die in der Schweiz einen Betrieb mit circa 25 Arbeitern, in Hatten in Westfalen einen Betrieb mit 400 Arbeitern, in Reinsdorf bei Wittenberg einen Betrieb mit ebenfalls 400 Arbeitern und in Goswig (Anhalt) einen Betrieb mit durchschnittlich 60 Arbeitern unterhält, hat demnach an jedem von ihr beschäftigten Arbeiter rund 963 Mark verdient. Den Eigentümern der Fabriken, den Herren Aktionären, die sich das ganze Jahr um den Betrieb nicht kümmern, fällt der reiche Dividendenertrag zu, ohne daß sie dafür auch nur einen Finger gerührt haben, und die Arbeiter, die die Dividende erarbeiten haben und mit einer geringen Bezahlung abgepeppt wurden, die nur eine mangelhafte Ernährung ermöglicht, haben dabei ständig ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt.

Wir wollen hierbei nur an einen Fall erinnern. Am 28. Dezember 1905 fand in Reinsdorf eine Explosion statt, bei welcher 8 Arbeiter und ein Ingenieur ihr Leben einbüßten. Vier Arbeiter waren sofort tot und die anderen starben unter unglücklichen Qualen wenige Stunden später. Der Ingenieur wurde nicht berührt; er ist vor Schreck gestorben. Bürgerliche Zeitungen setzen ihrem Bericht

über das Unglück am Schluß hinzu: Der Materialschaden ist gering, der Betrieb wurde nicht gestört.

Sollte nicht den Herren Aktionären, wenn sie die 17 1/2 Prozent Dividende schmugeln einstreichen und dabei nachdenken, unter welchen Entbehrungen und Gefahren seitens der Arbeiter dieser Gewinn erzielt wurde, ein klein wenig das Gewissen schlagern? Wir glauben es kaum.

Bayerische Wohlfahrtsvereinigungen.

Die Direktion der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer u. Co. in Elberfeld-Leverkusen hat folgende Bestimmungen für die Bewilligung von Urlaub ihrer Arbeiter getroffen: Nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von mindestens fünf (!) Jahren erhalten die Arbeiter nach Ablauf des fünften Dienstjahres einen Urlaub von drei Tagen, nach Ablauf des zehnten Dienstjahres einen solchen von vier Tagen, nach Ablauf des fünfzehnten Dienstjahres fünf Tage und so fort, bis mit dem Ablauf des fünfundsingzigsten Dienstjahres die höchste (!) Urlaubszeit mit sieben (!) Tagen erreicht ist. Die Arbeitszeit der Arbeiter unter 21 Jahren wird nur zur Hälfte (!) angerechnet. Unterbrechungen der Arbeitszeit durch Krankheiten stehen der Bewilligung „nicht entgegen“; auch die Erfüllung der Militärdienstpflicht gilt nicht als Unterbrechung; doch kommen diese Zeiten bei Festsetzung der Dauer des Urlaubs nicht (!) in Anrechnung. Während der Urlaubszeit, die ausschließlich der Erholung dienen muß, wird nicht bloß der volle Lohn vergütet, sondern außerdem noch eine Urlaubszulage von 15 Prozent gewährt. Wir stehen nicht an, die Tatsache zu begrüßen, daß endlich eine chemische Fabrik wie die Bayerische, die zuletzt über 30 Prozent Dividende zahlte, dazu übergeht, einen winzigen Teil ihres Ueberschusses für die Gewährung eines Urlaubs an langjährige Arbeiter zu verwenden. Das ist grundsätzlich ein Gewinn und ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung. Wie unendlich kleinlich sind aber die Bedingungen, unter denen die neue „Wohlfahrt“ gewährt wird. Sie bleiben weit hinter ähnlichen Bestimmungen viel ärmerer Städte zurück, die ihren ständigen Arbeitern bezahlten Urlaub geben. Bei diesen beträgt die Karenzzeit meist drei Jahre, und das ist schon lange genug, weil nicht einzusehen ist, warum z. B. ein Arbeiter, der ein halbes Jahr seine Gesundheit für Bayer riskiert hat, nicht bereits Anspruch auf 3 Tage Erholung haben sollte. Bayer u. Co. beschränken aber ihre „Wohlfahrt“ gar auf die wenigen Arbeiter, die bei dem bekannten Wechsel in allen Götterdämmerung fünf Jahre ausgehalten haben, und dann rechnen sie Krankheit und Militärdienst nicht mit! Wie trügerisch und unpatriotisch. Wenn man dies oben erwähnt, gibt's nicht einmal einen Orden!

Deutsche Schenkerkonkurrenz in England?

Wenn die großen Londoner Blätter, die in solchen Angaben äußerst gewissenhaft sind, recht berichten, so wäre die englische Explosivstoff-Industrie seit drei Jahren im Niedergang begriffen. Die Regierung habe nach dem Buren-Kriege an der Politik festgehalten, soweit wie möglich ihre Aufträge an Privatfabrikanten einzuschränken. Dabei sei der industrielle Handel so zurückgegangen, daß zu Preisen verkauft werde, die einen Verlust zur Folge hätten. Dieser unglückliche Zustand sei eine Folge des Wettbewerbes, der in erster Linie von einer deutschen Firma ausgegangen sei. Englische Firmen seien dem Beispiele der deutschen gefolgt, ohne Erfolg zu haben. Es sei kein Geheimnis, daß augenblicklich Lieferungsverträge in Kraft seien, die Firmen zwängen, unter dem Kostenpreise zu liefern. Eine Gesellschaft habe sich dadurch genötigt gesehen, ihren Aktionären Maßnahmen zur Veränderung ihrer Finanzunterlage vorzuschlagen. Wenn man an die Enthaltungen denkt, die 1896 in der Schrift von Feuchter über den deutschen Pulverring (Kortweil-Hamburg-Rheinland-Westfalen) veröffentlicht wurden, so hat man vielleicht einen Teil der Erklärung für die englische Mäandrierung. Schon damals war der deutsche Pulverring an einem englischen Unternehmen (The Chilworth Gunpowder Company) beteiligt und lieferte ins Ausland bis 25 Prozent billiger als an das Deutsche Reich. Vermutlich liegen jetzt wieder ähnliche Verhältnisse vor, und der allgemeine Sack, sowie die deutschen Pulverarbeiter müssen die Schenkerkonkurrenz bezahlen, die gegen die unter strengem Arbeiterchutz schaffende englische Pulverindustrie getrieben wird. Unabsehbare „Patrioten“, unsere Herren Unternehmer!

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Mißstände in Dresdener Ziegeleien.

In der Dampfziegelei Kunath in Dresden-Gorbitz ertrank am 6. August ein Kind des dort beschäftigten Arbeiters Wätmer. Das Kind ist wahrscheinlich beim Spielen in das ungefähr 2 Meter tiefe Bassin gefallen und konnte, da Hilfe nicht zur Stelle war, nur als Leiche geborgen werden. Daß dort nicht noch mehr Unfälle vorkommen, muß fast wundernehmen. Die Umfassungsmauern des Bassins sind an zwei Stellen durchbrochen, schräg über Eck liegt eine hölzerne Brücke mit Schienen, über die mit Ziegeln gefahren werden muß. An den durchbrochenen Stellen ist keinerlei Schutzvorrichtung angebracht, an der einen Seite der meterlangen Brücke ist gar kein Geländer, an der anderen nur eine wackelige Stange. Nicht daneben ist eine Wohnung, wo eine Anzahl Kinder täglich aus- und eingehen, in der Nähe herumspielen und so leicht hineinfallen können. Da ist es denn ein so magerer Trost, wenn die Frau Wätmerin auf die Sammelstätte der Arbeiterschaft 1 Mk. zehmet, und weil einige Kollegen auch 1 Mk. gestiftet haben, noch 30 Pf. zubeifert. Es ist wohl zu hoffen, daß sich die Verhörde die Unglücksfälle einmal genauer anseht. Eine ganze Reihe Beschwerden liegen noch vor. Da sind bei den Kollergängen zwei Fahrstühle in Betrieb, jeder hat eine Führungsschiene für die Schuttbortrichtung, die letztere fehlt aber vollständig. Dann ist vorhanden ein unbedecktes Kellerloch, über dieses hinweg führt eine Fahrbrücke mit Schienen, wo die Ziegeleien darüber gefahren werden. Geländer fehlt links und rechts, ein Fehltritt bringt den Fall in das Loch mit sich. Vor Jahren stürzte eine Frau in die Tiefe, schlug unten auf ein Faß und zerstückte sich ein Bein. Der eine der Ziegeleien verbot der unglücklichen Arbeiterin, die Wahrheit zu sagen, sie solle angeben, sie sei auf die Schienen gefallen, so hat sie es auch erzählt, auch die Zeitungen haben damals so berichtet. Dann wurde schnell ein alter Boden über das Loch gedeckt, um die Sache zu verjähern, heute fehlt auch dieser zweifelhafte Schutz, nur ein schmales Brett ist hingelegt worden. Ein anderer Fahrstuhl ist an drei Seiten ohne Schutz, auf einer seitwärts befindlichen Leiter müssen Männer und Frauen rauffletern, wollen sie nicht den langen Weg um den Dien zurücklegen. Nur durch Geistesgegenwart wurde es immerzeit verhindert, daß eine Arbeiterin unter den Fahrstuhl kam. Da die Leiter lebensgefährlich ist, hat der Gewerbeinspektor schon die Anbringung einer Treppe verlangt, bis heute ist diese Anweisung nicht befolgt. Die Ziegeleien sind ohne Bremse, geht es bergab, dann muß mit einem Knüttel an den Räder zu gebremst werden. In den engen Ziegelgängen ist das lebensgefährlich. Eine Frau ist heute noch invalid infolge einer Quetschung durch eine abwärts fahrende Vore. Kürzlich wurde an einer Kurve, die hinter einem großen Ziegelstoß führt, ein Pferd überfahren. — Alles das wird aber in den Schatten gestellt durch die Gesetzesübertretung bei Kinderbeschäftigung. Während diese überhaupt in Ziegeleien verboten ist, werden dort eine ganze Anzahl beschäftigt, darunter waren noch nicht 12 Jahre alte. In den Ferien arbeiten sie von früh 6 bis abends 6 1/2 Uhr.

Zu allem Ueberflus werden sie auch noch an der Dachziegel- preße beschäftigt, und dort ist erst in letzter Zeit, infolge der Kritik einer abgehaltenen Betriebsversammlung, eine Schutzvorrichtung an die Transmissions gemacht worden. Bei solch billigen und willigen Arbeitkräften, die auch zu anderen Arbeiten verwendet werden, die

